

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion der Linkspartei.PDS

5./6./7. April 2006

MdL Peter Ritter

TOP 14

Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“
Drs. 4/2169

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

am 6. April 1925 beauftragte Hitler seinen Statthalter Friedrich Hildebrandt mit dem Aufbau einer NSDAP-Organisation in Mecklenburg. Im Mai konnte der spätere Gauleiter bereits die Gründung der ersten NSDAP-Ortsgruppe auf dem Lande, in Groß-Welzin, melden.

Noch im gleichen Jahr entstanden in Gnoien, Neubuckow, Ludwigslust und Malchow SA-Formationen.

Wieder an einem 6. April, nämlich im Jahr 1929, forderte Hermann Göring auf einer Großkundgebung im Rostocker Sportpalast: „Der heutige Staat muss so schnell wie möglich verschwinden.“

Nun ist es sicher ein Zufall, dass wir uns auch an einem 6. April erneut mit dem Thema Rechtsextremismus befassen.

Kein Zufall aber ist die Tatsache, dass sich Handlungsweisen und Parolen der extremen Rechten denen der Nazi-Zeit sehr ähnlich sind.

Denn, wenn die Rechtsextremen heute meinen, dass „das System überwunden werden muss“, meinen sie nichts anderes als Göring bei seiner Rede im April 1929.

Auch an anderen Stellen lassen sich solche Parallelen finden.

In der „Bekanntmachung des Ministeriums für Unterricht über Leitgedanken zur Schulordnung“ vom 2. Januar 1934 – nachzulesen im Regierungsblatt für Mecklenburg-Schwerin vom 10. Januar 1934 – heißt es:

„Die oberste Aufgabe der Schule ist die Erziehung der Jugend zum Dienst am Volkstum und Staat im nationalsozialistischen Geist.

Alles was diese Erziehung fördert ist zu pflegen, alles was sie gefährdet, zu meiden und zu bekämpfen.“

Im Aufruf der „Nationalen Jugend Westmecklenburgs“ zur Unterstützung des Volksbegehrens des Landeselternrates heißt es:

„An unseren Kindern zu sparen, um etwa Geld für volksfremde Interessen ausgeben zu können, ist ein Verrat an den kommenden Generationen unseres Volkes.“

„Dienst am Volkstum“.

„Volksfremde Interessen“.

Wie sich die Vokabeln, die Inhalte ähneln.

Ich sage dazu: „Volksverdummung“.

Jedoch eine gefährliche und durchaus auf fruchtbaren Boden fallende.

So heißt es in einer Mitteilung der Rechtsextremen über eine Aktion am 4. März 2006 in Boizenburg:

„So stellten wir uns über den Tag in die Boizenburger Innenstadt, bewusst waren wir durch unsere Kleidung hierbei als Nationalisten zu erkennen und machten auch keinen Hehl um unsere politische Gesinnung. Offenbar war dies aber kein Grund für die Bürger von Boizenburg bei uns nicht zu unterschreiben.

Am Ende der Aktion konnten wir nach knapp 2 ½ Stunden über 100 Unterschriften verzeichnen.

Die entstehenden Diskussionen mit den Bürger, über die bildungspolitischen Vorstellungen unserer nationalen Opposition, endeten fast ausnahmslos mit Zustimmung für unsere Ansichten.“

Meine Damen und Herren,

das Agieren von Rechtsextremen ist also längst kein Phänomen mehr. Es ist Alltag, es findet Zuspruch.

Es ist also höchste Zeit, sich gemeinsam diesen Entwicklungen entgegen zu stellen.

Wir müssen aufklären, entlarven, glaubwürdige Alternativen anbieten.

Politik darf nicht länger Verdruss und Enttäuschung produzieren.

Wir müssen die Sorgen und Ängste der Menschen im Land ernst nehmen und gemeinsam mit ihnen ein Klima der Demokratie und Toleranz entwickeln.

Das heute zur Beschlussfassung stehende Landesprogramm kann dabei wertvolle Impulse setzen.

Erfolgreich werden wir dabei aber nur sein, wenn wir selbst auch konsequent sind.

Und konsequent müssen wir eben auch bei der Frage nach den Ursachen der Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut sein.

Auch dabei kann ein Blick in die Vergangenheit nicht schaden.

Lange vor der Machtübertragung an Hitler hatte die NSDAP in Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin im März 1932 bzw. im Juli 1932 die Regierungsgeschäfte übernommen.

In einem interessanten Artikel im „Nordkurier“ vom Januar 2003 ist über diese Zeit zu lesen:

„Die enormen Stimmengewinne in jener mit Wahlkämpfen angefüllten Zeit lassen sich wohl nur mit der historischen Entwicklung, aus der außerordentlich zugespitzten wirtschaftlichen Situation und der daraus resultierenden Verschlechterung der Lebenslage für viele Mecklenburger erklären...

Ständige Kürzungen von Dauer und Sätzen der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung trieben in der Ära nach der Weltwirtschaftskrise viele Arbeitslose an die unterste Grenze des Existenzminimums....
Da hatten demagogische Wahlversprechen günstigen Nährboden...“

Und wenn wir dann heute in der Bestandsaufnahme für unser Landesprogramm feststellen, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes die Veränderungen der letzten Jahre als persönliche Krise erlebt haben, Massenarbeitslosigkeit,

demografische Entwicklung und die Auflösung sozialer Bezüge das Leben prägten und viele Menschen daher für populistische Parolen erreichbar sind, müssen bei uns doch alle Alarmglocken schrillen!

Und ich wiederhole deshalb meine Feststellung aus der Debatte im Januar dieses Jahres:

Ich sehe es als problematisch und wenig glaubwürdig an, dass einerseits soziale Schieflagen und Ungerechtigkeiten als Ursache für die Aufnahmebereitschaft von rechtsextremen Gedankengut erkannt werden, andererseits aber der eingeschlagene Weg der so genannten Arbeitsmarktreformen weiter gegangen und sogar noch verschärft wird.

Erfolgt hier keine Umkehr, wird die einfache Parole „Schnauze voll!“ mehr und mehr auf Zustimmung treffen.

Meine Damen und Herren,
die Auseinandersetzung mit dem Rechtesextremismus,
das Ringen um mehr Demokratie und Toleranz muss neben eben beschriebener Problematik aber alle weiteren Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassen.

Ich bin daher froh, dass wir heute den ehemaligen Handlungsrahmen der Landesregierung in ein inhaltlich weiter entwickeltes Landesprogramm fortschreiben.

Das Programm formuliert Aufgaben und Anforderungen an verschiedenste Bereiche unserer Gesellschaft.

Auch die Prüfung eines neuen NPD-Verbots gehört dazu.

Ich halte es jedoch für falsch, dass sich die mediale Widerspiegelung des gesamten Programms, wie Anfang dieser Woche geschehen, sich nur mit dieser Frage beschäftigt.

Das Programm stellt zu Recht das bürgerschaftliche Engagement an den Anfang.

Das Programm formuliert Aufgaben zur Stärkung der Familie, der Schulen und Hochschulen.

Es erinnert an die Verantwortung der Medien, beschreibt Erwartungen an die demokratischen Parteien, die Kirchen, die Wirtschaft.

Ein umfassender Abschnitt ist der Jugendarbeit gewidmet.

Dabei wird besonders auf die Notwendigkeit der Herausbildung eines qualifizierten Mitarbeiterstammes in den Jugendstrukturen und seiner ständigen Aus- und Weiterbildung verwiesen.

Unter diesen Prämissen soll auch die Landesinitiative "Jugend- und Schulsozialarbeit" fortgeführt werden.

Jüngst erhobene Forderungen nach Umwidmung der dafür eingesetzten Landesmittel sind daher strikt abzulehnen.

Meine Damen und Herren,
ich bin froh, dass sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der Prozess der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ressortübergreifend und langfristig ausgelegt sein muss.

Ich bedanke mich deshalb auch ausdrücklich bei den Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU, Herrn Schlotmann und Herrn Dr. Jäger, für die zielorientierte Zusammenarbeit.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weiter gehen.

Dies ist keine Floskel, sondern dringende Bitte.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „DIE LINKE.“ im Bundestag (DS 16/972) geht hervor, dass die Zukunft solcher wichtigen Projekte wie „civitas“ akut gefährdet ist.

Das zuständige Bundesministerium von Frau von der Leyen macht haushaltstechnische Gründe geltend und verweist auf regionale Zuständigkeiten. Das halte ich für falsch!

Deshalb bitte ich Sie, machen Sie sich gegenüber Ihren Bundestagsfraktionen stark, damit die Unterstützung dieser Projekte gesichert bleibt.

Wollen wir, wie im Landesprogramm beschrieben, aus den jetzigen Strukturen der bei uns tätigen „Civitas-Projekte“ die „Zentren für demokratische Kultur“ entwickeln, brauchen wir verlässliche Begleitung und Unterstützung des Bundes. Auch das hat etwas mit Glaubwürdigkeit von Politik zu tun.

Meine Damen und Herren, die hinter uns liegenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben bei uns durchaus zu unterschiedlichen Einschätzungen geführt.

Einig sein sollten wir uns aber, dass der Nichteinzug von rechtsextremen Parteien in diese Parlamente für uns keine Entwarnung sein darf.

Unsere Verantwortung liegt darin, deutlich zu machen:
Rechtsextremismus löst keine Probleme,
Rechtsextremismus ist das Problem

Wir brauchen keine Nazis! Nicht auf der Straße,
nicht in den Parlamenten, nicht in den Köpfen.

Lassen Sie uns deshalb unser gemeinsames Programm zum gemeinsamen Erfolg führen.